

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

12.10.1929 (No. 238)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsgebührenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Youngplan und die sogenannten „Sonderlasten“

Neben den laufenden Jahresraten aus den Young-Zahlungen wird Deutschland nach Annahme des Youngplanes bekanntlich eine Reihe von Sonderleistungen zu entrichten haben. Da über die tatsächliche Höhe in der Öffentlichkeit vielfach Unklarheit herrscht, da mitunter sogar behauptet wird, die zusätzlichen Sonderleistungen betrügen viele Hunderte von Millionen Reichsmark, durch deren Bezahlung die Verringerung der normalen Jahresleistung des Youngplanes gegenüber dem Dawesplan illusorisch würde, seien diese Sonderleistungen hier noch einmal in einzelnen aufgeführt.

Es handelt sich im wesentlichen um vier Gruppen von Sonderzahlungen:

1. Um den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe, die bekanntlich zur Anfurderung der deutschen Wirtschaft nach den Verheerungen der Inflationszeit aufgenommen wurde. Dieser Anleihebendienst beträgt im Jahre 1929/30: 89,8 Millionen und senkt sich dann bis zum Jahre 1949/50, dem letzten Jahre des Anleihebendienstes, auf 63 Millionen. Dann ist die Anleihe getilgt.

2. Um einen einmaligen Beitrag zu den bis zum 30. Juni 1930 noch bestehenden Besatzungskosten in Höhe von 30 Millionen Reichsmark.

3. Um ein später nachzuzahlendes unverzinsliches Guthaben bei der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich in einem Betrage bis zu 100 Millionen Reichsmark. Daraus ergibt sich ein geringer Zinsverlust für Deutschland, und nur dieser Zinsverlust, nicht diese Sonderanlage an sich, wie vielfach geglaubt wird, kann als eine Art zusätzliche Leistung angesehen werden.

4. Schließlich fallen Deutschland unter Umständen die Kosten für den Sonderaussschuß zur Last, der für den Fall, daß Deutschland auf Übertragungs- und Ausbringungsschwierigkeiten seiner Reparationsleistungen stoßen sollte, in Aktion treten soll. Die Kosten dieses Sonderausschusses würden kaum ins Gewicht fallen.

Die belgischen Markforderungen können als eine zusätzliche Reparationsleistung auf Grund des Youngplanes nicht angesehen werden. Sie hätten auch gezahlt werden müssen, wenn der Dawesplan noch fortgedauert hätte, da der belgische Anspruch auf Einlösung des während der Kriegsjahre im Lande ausgegebenen deutschen Papiergeldes seit Jahren schwebt. Das belgische Markabkommen läuft bis zum Jahre 1936; die Jahresraten setzen im Jahre 1929/30 mit 16,2 Millionen ein und steigen allmählich bis 26 Millionen. In den letzten Jahren sind nur 9,3 Millionen jährlich zu leisten.

Nach dem die laufenden Sonderleistungen, die in den nächsten Jahren neben der normalen Young-Rente zu entrichten sind, zusammen, so kommt für das erste Jahr (1929/30) zunächst 89,8 Millionen Reichsmark für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe in Frage. Dazu tritt eventuell ein Zinsverlust von einigen Millionen für die unverzinsliche Einlage bei der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich. Der Beitrag zum Besatzungsfonds kann hier außer Betracht bleiben, weil er nur eine einmalige Leistung darstellt. Die Kosten des Sonderausschusses spielen vorläufig keine Rolle. Rechnet man die belgischen Markforderungen, die keine Reparationslast im engeren Sinne darstellen, noch hinzu, so ergibt sich eine Sonderlast von allem in allem rund 110 Millionen jährlich, die zu der festen Youngrate von zunächst 1,7 Milliarden jährlich hinzutritt. Es kann sonach, wie man sieht, von einer Aufhebung der durch den Youngplan gegenüber dem Dawesplan entstehenden Ersparnis von rund 800 Millionen jährlich durch die Sonderleistungen gar keine Rede sein.

Der Youngplan im Rundfunk

Die „Deutsche Welle“ hat sich, nachdem Geheimrat Eugen Berg es abgelehnt hatte, in einem Zwiesgespräch mit einem Gegner des Volksbegehrens im Rundfunk sich zu äußern, nun, wie die „Voss. Ztg.“ hört, entschlossen, das Thema zu teilen; zunächst über die wirtschaftliche und dann über die politische Seite des Youngplans Zwiesgespräche zu veranstalten.

Es sind neue Einladungen ergangen, u. a. an den deutschen Abg. Grafen Westarp, aber auch Westarp hat, wie er in einer Frankfurter Versammlung mitteilte, das Angebot abgelehnt. Aus dieser Tatsachendarstellung ergibt sich, so bemerkt das Blatt, daß den Deutschen Nationalen mehrfach die Gelegenheit gegeben worden ist, zu Millionen von Rundfunkhören zu sprechen, daß sie aber bisher von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben.

Der Reichsausschuß für das Volksbegehren teilt mit, er habe sich feinerzeit an sämtliche deutschen Sender mit der Forderung gewandt, Rednern für das Volksbegehren Gelegenheit zu geben, das Volksbegehren vor den Rundfunkhören zu begründen. Dieses Verlangen sei von sämtlichen Sendern abgelehnt worden. Obgleich die politischen Zwiesgespräche im Rundfunk, die die Deutsche Welle veranstaltet, wegen ihrer beschränkten Wirkungsmöglichkeit kein Ersatz für einen grundlegenden Vortrag seien, habe der Reichsausschuß für ein Zwiesgespräch mit Professor Georg Bernhards Herrn Dr. Wang angeboten, der aber abgelehnt worden sei. Dann habe man Dr. Quast zur Verfügung gestellt, der auch zu einer Vorbesprechung zur Deutschen Welle eingeladen wurde. Dr. Quast sei dieser Einladung zur verabschiedeten Zeit gefolgt. Der Einladende sei aber nicht anwesend gewesen. Der Reichsausschuß fordere mindestens einen Vortrag am Mikrophon, der genau so, wie die Reden der Minister, auf alle Sender zu über-

Letzte Nachrichten

Neue Behauptungen über die Unterredungen Reynaud-Rönnne

W.D. Paris, 12. Okt. (Tel.) Die französische Wochenschrift „La Lumière“ will über eine Berliner Unterredung des französischen Abgeordneten Paul Reynaud mit dem Abgeordneten Rönnne erfahren haben, daß Reynaud sich dabei mit der Bildung eines deutsch-französischen Heeres auf der Grundlage von 500 000 Mann französischer und 300 000 Mann deutscher Truppen einverstanden erklärt habe. Deutschland solle den polnischen Korridor wiederherstellen, und außerdem habe sich Reynaud erboten, die Reparationsansprüche nicht um 10, sondern um 40 Proz. herabzusetzen.

Dr. Held gegen das „Bayerische Vaterland“

W.D. München, 12. Okt. (Tel.) Das „Bayerische Vaterland“ hatte vor einiger Zeit in einem Artikel behauptet, Ministerpräsident Dr. Held hätte in den letzten Jahren 1923/24 die Pfalz zugunsten der Errichtung einer rheinischen Republik geopfert wenn die Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung gegeben hätte, hätte sich also des Landesverrates schuldig gemacht. Ministerpräsident Dr. Held hat deshalb gegen das „Bayerische Vaterland“ Klage erhoben.

Steuerermäßigungen in Frankreich

W.D. Paris, 12. Okt. (Tel.) Der Finanzausschuß der Kammer hat gestern Abend über Steuerermäßigungen beraten, über die eine Einigung zwischen dem Ausschuß und der Regierung nicht zustande kam. Es wurde daher um 23 Uhr eine neue Sitzung anberaumt, in der Finanzminister Chéron sich bereit erklärte, die Ermäßigung der Luxussteuer für Autos von 12 auf 10 Proz. anzunehmen, was einen Einnahmeausfall von 80 Millionen Franken im Gefolge haben würde, sowie einer Ermäßigung der Steuern auf pharmazeutische Produkte zuzustimmen, die sich durch einen Einnahmeausfall von 26 Millionen Franken auswirken würde. Die Bewilligung weiterer Erleichterungen lehnte Chéron im Interesse der Wahrung des Budgetgleichgewichtes ab. Der Finanzausschuß selbst hat schließlich seine Beratungen auf heute vertagt.

Amtliche Kurskontrolle in Spanien

W.D. Paris, 12. Okt. (Tel.) Wie Havas aus Madrid berichtet, hat der Finanzminister nach einem gestern abgehaltenen Kabinettsrat mitgeteilt, daß die Regierung sich mit der Währungsreform beschäftigt habe, vor allem mit den gänzlich absurden Alarmgerüchten, die den Kurs der Pesetas beeinträchtigt hätten. Die Regierung habe beschlossen, bis auf weiteres eine amtliche Kurskontrolle einzuführen. Da bei den Vorkehrungen zur endgültigen Lösung des Währungsproblems die Bank von Spanien aktiv einzugreifen haben werde, habe die Regierung die Demission des bisherigen Direktors dieses Instituts, Ferragorri, angenommen und dem König vorgeschlagen, an seiner Stelle lediglich einen Sachverständigen, und zwar Figueras zu ernennen.

Der Umschwung in Afghanistan

Die Eroberung Kabuls durch Nadir Khan

W.D. London, 12. Okt. (Tel.) „Daily Mail“ bringt nähere Nachrichten über die Einnahme Kabuls durch die Truppen Nadir Khans. Beim Einmarsch Schah Walis in Kabul am Sonntag, um 2 Uhr nachmittags, wurden nur einige Schüsse gewechselt. Nach dem die Salas-Stab wurde sofort gefangen gesetzt. Er selbst ist wahrscheinlich geflüchtet. Sofort wurden Befehle erlassen, in denen Mord und Sabotage unter schweren Strafen verboten wird. Schah Wali hat zeitweilig den Oberbefehl übernommen. Nadir Khan erließ aus Ali Kheil eine vorläufige Proklamation, in der er erklärt, daß er Afghanistan erobert habe und in der er die Stämme erlucht, die Kämpfe bis zur Errichtung einer neuen Regierung einzustellen.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet, soweit bekannt sei, herrsche Ruhe in Kabul. Nadir Khan werde heute dort erwartet. Er habe nicht die Absicht, den Thron des Landes anzunehmen.

Die Baden-Badener Verhandlungen

Die Zusammenstellung des Verwaltungsrates

In der Freitagvormittagssitzung in Baden-Baden wurde die Aussprache über den Verwaltungsrat fortgesetzt. Es wurde eine Einteilung in vier Gruppen beschlossen. Man ist übereingekommen, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates nicht unbedingt in Europa leben müssen, es genügt, wenn sie an den Hauptstädten des Verwaltungsrates teilnehmen. Auch will man Vorbehalte treffen, daß die Zusammenkünfte des Verwaltungsrates nicht auf den Sitz der Bank beschränkt bleiben. Nach den bisherigen Fortschritten, die der Organisationsausschuß gemacht hat, glaubt man, noch in dieser Woche die erste Sitzung der Sitzungen beenden zu können. Der Ausschuß dürfte sich alsdann in kleinere Gruppen auflösen, um in engem Kreis die sicherlich noch reichlich bevorstehenden Unklarheiten aus dem Wege zu räumen.

tragen sei. Werde dieser Forderung Genüge geleistet, dann werde der Reichsausschuß der Frage der Zwiesgespräche näher treten. Die Reichsregierung wird, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, in nächster Zeit eine Rundgebung veröffentlichen, in der gegen das vorgesehene Volksbegehren eindeutige Stellung genommen wird.

*Die Seeherrschaft und der Weltfriede

Der Weltkrieg hat von neuem die alte Lehre der Geschichte bestätigt, daß auf die Dauer immer der Staat Sieger bleibt, der die Meere beherrscht und durch seine Handelsflotte die großen Hilfsmittel überseeischer Gebiete für die eigene Bevölkerung mobil machen kann.

Vor dem Krieg war es die gigantische Auseinandersetzung zwischen dem Frankreich Napoleons I. und England, welche am deutlichsten die Richtigkeit dieser Theorie offenbart hat. Napoleons Schicksal war besiegelt, als England alle französischen Kolonien erobert und die Kriegsflootten Bonapartes und seiner „Verbündeten“ vernichtet hatte. Das russische Abenteuer war bereits ein Verwirrungsakt, und die Schlachten bei Leipzig und bei Waterloo haben gewissermaßen die Bedeutung des Genickschlags, der dem schwerverwundeten Keiler gegeben wird. Am Tage der Seeschlacht von Trafalgar hatte Napoleon I. eigentlich schon das Spiel verloren. So mußte, wenn nicht in den ersten Monaten des Krieges ein Wunder geschah, der Weltkrieg für Deutschland mit einer Katastrophe enden, als auch die zweitgrößte, seebeherrschende Macht, Nordamerika, an die Seite der Alliierten trat.

Wie heute die Dinge liegen, ist es ganz ausgeschlossen, daß irgendein Staat einen Krieg wagen könnte, wenn England und Amerika seine Gegner sind. Und es ist selbstverständlich, daß der friedengebetende Einfluß des Völkerbundes eine gewaltige und von niemand mehr zu bestreitende Verstärkung erfahren muß, wenn Großbritannien und Nordamerika gemeinsam die Garantie der Aufrechterhaltung des Friedens übernehmen. Gewiß ist Nordamerika nicht Mitglied des Völkerbundes, und prinzipiell wünscht es auch heute noch nicht, in die Diplomatie Europas verwickelt zu werden. Aber es ist am Weltfrieden genau so interessiert wie alle anderen Staaten. Und nicht umsonst ist der große Pakt, der den Krieg ächtet, und mit dieser Ächtung die beste moralische Unterstützung der Völkerbundsdeklaration in sich schließt, der Kellogg-Pakt, auf nordamerikanische Initiative hin entstanden.

Solange sich allerdings England und Nordamerika selbst nicht einig waren, solange das Verhältnis zwischen beiden Großmächten infolge der Zwistigkeiten in den Fragen des Seerechts und der Flottenrüstung eine bedenkliche Trübung aufwies, solange konnte am praktischen Wert des Völkerbundes und des Kelloggpaktes gezweifelt werden. Diese Periode einer diplomatischen Spannung zwischen London und Washington darf heute als völlig überwunden gelten. Und sie ist abgelöst worden durch eine Politik enger Freundschaft und Harmonie.

Daß dem so ist, verdankt die Welt dem britischen Premierminister Macdonald. Mit jener Selbständigkeit des Denkens und Handelns, wie wir sie bei allen genialen Menschen beobachten, hat sich Macdonald zu einer Wahnahme entschlossen, die in der Geschichte Englands einzig dasteht: er hat dem Staatsoberhaupt der größten und mächtigsten außereuropäischen Nation, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, einen Besuch abgestattet, um in mündlichen Besprechungen alle störenden Differenzen zu beseitigen und eine dauerhafte Grundlage für eine Politik der Freundschaft zwischen den beiden angelsächsischen Staaten und für eine Politik des Weltfriedens zu schaffen.

Natürlich ist Macdonald nicht schon am Morgen, der dem Abend seines Entschlusses folgte, nach Amerika gefahren, sondern er hat zunächst seine Absichten in großen Zügen der Öffentlichkeit mitgeteilt, auf das Echo von drüben gewartet und die ganze Angelegenheit mit dem nordamerikanischen Botschafter in London, General Dawes, gründlich durchgesprochen. Als er sah, daß die öffentliche Meinung beider Nationen die Idee freudig billigte, und daß der neue nordamerikanische Präsident, Herr Hoover, von den gleichen Ideen befeuert ist, wurde der Entschluß durchgeführt.

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen Macdonald und Hoover stellt eines der wichtigsten weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten Zeit dar. Auf der Basis einer weitreichenden Verständigung zwischen England und Amerika wird hier die Politik der Aufrechterhaltung des Weltfriedens in einer Weise untermauert, daß man eine Erschlüchterung dieses Fundaments einstweilen nicht zu befürchten hat. Gewiß beschränkt sich die Vereinbarung der Form nach auf das Verhältnis zwischen England und Amerika. Aber ihrem Sinne nach bedeutet sie ein voll-

tisches Faktum, mit welchem in Zukunft eine jede Nation der Erde zu rechnen haben wird.

Wenn England und Amerika sich über die Probleme des Seerechts (vor allem also über die Rechte der Kriegsführenden und der Neutralen) sowie über die Modalitäten einer Flottenabrüstung in aller Form einig geworden sind, wird dieser Vorgang als ein Beispiel wirken müssen, dem sich alle anderen Mächte — sei es mit ihrer Flotte, sei es mit ihrem Landheer — anzupassen haben. Die Grundlinien dieser Einigung sind bereits zwischen den beiden Staatsmännern verabredet worden. Was die Flottenstärke betrifft, ist die Flottengleichheit in jeder Schiffsart als Voraussetzung der kommenden Vereinbarung gedacht. In Wälde wird eine Seeabrüstungskonferenz zusammengetreten. Und daß ihr auch die Abrüstung zu Lande folgen muß, ist wohl eine Selbstverständlichkeit.

Eine unmittelbare Einwirkung auf die europäische Politik will Nordamerika, wie aus der gemeinsamen Erklärung der beiden Staatsmänner hervorgeht, auch in Zukunft vermeiden. Aber Nordamerika sieht sehr wohl ein, daß „es die Aufgabe Englands ist, die Politik aktiver Zusammenarbeit mit seinen europäischen Nachbarn zu verfolgen“. Eine solche Einsicht kann sich im Zusammenhang mit dem nunmehr in aller Form manifestierten Freundschaftsverhältnis zwischen England und Nordamerika nur so realisieren, daß eben England bei seiner ganzen europäischen Politik, soweit sie der Wahrung und Befestigung des Friedens dient, das moralische Gewicht der Unterstützung Nordamerikas in die Waagschale werfen kann.

Die beiden Großmächte übernehmen gemeinsam die Rolle der Friedenshüter. Nur mit dem einen Unterschiede, daß England beim Agieren dieser Rolle Europa das Gesicht zukehrt, während Nordamerika dem Abendlande dabei mehr den Rücken zuwendet und sich zunächst mit einem stummen Spiel begnügt. An der Intensität des Mitspiels wird aber wohl nie zu zweifeln sein. Und bei ersten Verwicklungen könnte es sehr wohl möglich sein, daß Nordamerika auf den dringenden Wunsch seines Freundes und Spielpartners Europa plötzlich auch sein Gesicht zukehrt. Wir glauben kaum, daß für die europäische Macht, die solches provoziert, der Moment sehr erfreulich wäre.

Wir Deutsche können diese Entwicklung mit Genugtuung erörtern. Uns kann eine jede Förderung des Friedens nur erwünscht sein. Denn auch wir wollen den Frieden. Und was die Abrüstung anlangt, so haben wir ja bereits abgerüstet. Der moralische Druck der Vereinbarungen zwischen Macdonald und Hoover muß und kann somit nur auf andere Nationen Europas wirken, auf solche Nationen, die noch immer mit dem Kriegsgedanken spielen und sich an die Notwendigkeit einer gleichmäßigen und gerechten Abrüstung nicht recht gewöhnen wollen!

In der Revisionsverhandlung im Bonner Giftmordprozess hat der Erste Strafsenat des Reichsgerichts unter Anlehnung an die Ausführungen des Reichsanwalts die Revision des Dr. Richter verworfen. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden.

In der Station Sonthelm an der Brenz in Württemberg fuhr heute, Samstag, früh ein Güterzug auf einen Personenzug auf. Von dem Personenzug wurden mehrere Wagen stark beschädigt. Personen kamen aber nicht zu Schaden.

Karlsruher Konzerte

Nicht vor überfülltem, aber doch stark besetztem Festhallsaal nahmen mit dem

I. Volks-Sinfoniekonzert

nun auch jene musikalischen Darbietungen ihren Anfang, die zunächst allen denen, die sonst aus Gründen des Geldbeutels dem „Konzertbetrieb“ fernbleiben müssen, einen vollwertigen künstlerischen Genuss vermitteln wollen. Wieder sind die Programme musikalisch sehr ergiebig und auch interessant zusammengestellt, und abermals ist ihnen Leichtverständlichkeit nachzurufen, insofern sie allzu problematische Literatur vermeiden, ohne indessen einige in ihren populären Rahmen passende Novitäten ganz auszusparen. Die erste Vortragsfolge war klassisch-romantisch, Schumanns II. Sinfonie (C-Dur) ihr Auftakt. Für die Sprache des Werkes, die so schön auf natürliche Führung des Melos bedacht ist, fand Rudolf Schwarz den rechten Ausdruck, zumal das tiefpoetische Adagio espressivo Klang prächtig. Auch Beethovens nachfolgende Achte wurde mit großer Klarheit wiedergegeben sowie nach Zeitmaß und Farbverteilung auf die einzelnen Stimmungsbilder stilistisch im strengen Einvernehmen mit den Partiturvorschriften ausgedeutet. Freilich litt bei solcher Hervorhebung der besonderen Kabinettstücke (zweiter und dritter Satz) etwas der große Gesamtzug, und die zwingende Wirkung des Ganzen ging zum Teil verloren. Als Solist ließ sich in Mozarts Krönungskonzert Robert Bah erstmals hier hören. Den eng und schlicht gezogenen Ausdrucksformen der Komposition gemäß spielt er den Solopart mit anerkanntem wertigen pianistischen Zurückhaltung, aber auch so, daß einigen piano- und pianissimo-Stellen es nun vollständig an Nuancen fehlte. Vieles schien dadurch farblos und monoton, was doch dem Charakter der Schöpfung gewiß nicht ansteht. Selbst bei der Kadenz kam die virtuose Absicht zu kurz. Ihm und dem vollen Begleitenden Orchester ward dennoch reichlicher Beifall zuteil.

Unter den Gästen, die uns neuerdings aus fremden Ländern besuchen, darf

Paul Althaus

einen besonderen Platz beanspruchen. Allerdings war ihm, dem ersten Heldentenor der New-Yorker Metropolitan-Opera, ein ziemlich großer Ruf vorausgegangen, und der wurde zweifellos nicht vollauf bestätigt. Wohl mocht dem Organ ein gesunder Stimmton von beträchtlicher Substanz inne, wohl fasziniert die höchsten Höhe ebenso wie die weiche und fast baritonale Mittellage. Aber seine dramatische Art des Singens gelangt über geschmackvolle Ornamentierung nie hinaus und entbehrt jener feineren und verinnerlichten Kultur, die nun einmal für international anerkannte Gesangsgrößen Voraussetzung ist.

Abzug französischer Truppen aus der Pfalz

bld. Speyer a. Rh., 12. Okt. Die hier noch stationierten Pioniersoldaten zwei Bataillone, bereiten sich jetzt ebenfalls für den Abzug vor. Ein Großteil der Wasserübungsgeräte wurde inzwischen zum Abtransport in den Bahnhof verladen. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß auch diese Truppen (etwa 200 Mann) bis Ende d. M. noch Speyer verlassen werden. Daß Speyer durch diesen Abzug der beiden Truppenteile reiflos und für immer geräumt wird, wird deshalb noch angezweifelt, weil die bisher benötigten Befehlswohnungen (etwa 65 in Reichsbauten und 4—5 in Privatbauten) bis auf unbestimmte Zeit beschlagnahmt bleiben.

bld. Ramstein (Pfalz), 12. Okt. Die Franzosen haben das große Munitionslager in Ramstein vollständig abtransportiert. Es wurde schon vor längerer Zeit damit begonnen und die Munition nach dem Elz überführt. Am Dienstag begann man mit Sprengungen alter Munitionsvorräte, wobei Steinwürde über 8 Kilometer weit geflogen sind. Die Franzosen haben von sich aus Vorkehrungen getroffen, daß diese gefährlichen Sprengungen nicht mehr vorkommen.

Luftschiffbefahrung gegen Arktikfahrt

Der größte Teil der 40 Mann Besatzung des „Graf Zeppelin“ sprach sich gegen eine Polarfahrt des Zeppelinluftschiffes aus. Damit ist die zum Frühjahr 1920 beschlossene Polarfahrt des „Graf Zeppelin“ in Frage gestellt. Die meisten Besatzungsmitglieder sprachen die Befürchtung aus, daß bei unglücklichen Zwischenfällen während der Polarfahrt das Luftschiff verloren gehen könnte, und die Besatzung dadurch ihre Tätigkeit und ihren Beruf verlieren würde. Das einzige deutsche Luftschiff dürfte nicht für Polarflüge aufs Spiel gesetzt werden. Sobald zwei Luftschiffe vorhanden seien, wäre die Mannschaft ohne weiteres bereit, sich an einer Polarexpedition zu beteiligen.

Savarie der „Los Angeles“

W.D. Paris, 12. Okt. (Tel.) Das amerikanische Marine-Luftschiff „Los Angeles“ soll nach einer Meldung der Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ bei einer Fahrt über dem Meere Savarie durch Bruch eines Luftschiffes erlitten haben. Das Schiff ist von seiner Basis Lathurst etwa 100 Meilen entfernt. Die Besatzung versucht, die Reparatur mit Bordmitteln durchzuführen.

R 101 am Anfermast

W.D. London, 12. Okt. (Tel.) Das neue englische Luftschiff R 101 ist heute zum ersten Male aus der Halle herausgebracht und am Anfermast festgemacht worden.

Verchiebung der Saarverhandlungen? Wie die Pariser Agentur Havas meldet, scheint der anfangs ins Auge gefasste Zeitpunkt des 16. Oktober, als Eröffnungsdatum aufgegeben werden zu müssen. Aber die unbesessene Verzögerung, die auf den umfassenden Charakter des zu lösenden Problems zurückzuführen sei, würde die Dauer von einigen Tagen nicht überschreiten. Die deutsch-französischen Saarverhandlungen dürften nur um etwa 1 Woche verschoben werden.

Das Gemeinnützigkeitsgesetz. Das Reichskabinett hat in dem Entwurf eines Gesetzes über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen zugestimmt. Nach dem Entwurf soll die bisher zerstückelte Materie einheitlich behandelt werden. Für jedes Wohnungsunternehmen soll nur eine Behörde mit Wirkung für das ganze Reich und für das gesamte Reichs- und Landesrecht feststellen, ob ein Unternehmen gemeinnützig ist oder nicht.

Der deutsche Brauerbund hat zur Biersteuerfrage eine Entschärfung angenommen, in der gegen eine Erhöhung der Biersteuer Stellung genommen wird. Die Steuer würde die erhofften Mehreingänge nicht einbringen, da sie sich zu einem empfindlichen Konsumrückgang auswirken würde. Gänzlich undiskutabel sei der Vorschlag eines Bierhandelsmonopols, das zu einer Verteuerung des Produktions- und Verteilungsprozesses führen würde.

Eine Stahlhelmgruppe löst sich selbst auf. Der Stahlhelm Dessau hat nach einer Blättermeldung den Beschluß gefaßt, sich selbst aufzulösen. An seiner Stelle soll eine Vereinigung ehemaliger Stahlhelmer und Frontsoldaten gegründet werden. Es heißt, die neue Gruppe wolle frei von aller Politik die wirkliche Kameradschaft pflegen.

Natürlich funktionierte das rein Technische tadellos, ob er nun deutsch, italienisch oder englisch fingt; aber auch schon die sehr ungleichartige Programmgestaltung wirkte einigermaßen befremdlich. Den gesteigerten Erwartungen entsprachen am ehesten noch die italienischen Arien, am wenigsten dagegen die englischen Gesänge, die den haben und süßlichen Kitschgeschmack verrieten, wie er sich in amerikanischen Magazin-Zeitschriften breitmacht. Nicht ungünstig beeinflusste den Gesamtaspekt Kitty von Teuffel, die sehr distret begleitete. Der Festhallsaal sah eine zwar kleine, doch desto aufmerksamer und beifallsfreudige Zuhörerschaft. Der Stimmvirtuose mußte sich zu mehreren Dreingängen bequemen, die übrigens nicht der schlechteste Teil des Abends waren.

Heimatkenntnis — Heimatliebe!

Verne deine Heimat kennen und lieben! Dieses Motto trug die dankenswerte Veranstaltung, mit der der Landesverband „Badische Heimat“ im Rahmen der Karlsruher Herbsttage am letzten Mittwoch vor die Öffentlichkeit trat. Er hatte drei Vorträge im Bürgersaal des Rathauses zu Karlsruhe angefündigt, die von hervorragenden Kennern unseres Landes und seines Volkstums gehalten wurden und sich sämtlich eines guten Besuchs erfreuten.

Der Vorsitzende des Landesvereins „Badische Heimat“, Hermann Eris Busse, leitete den genutzreichen Nachmittag in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Dr. Finter, sowie von Vertretern des Kultus- und Unterrichtsministeriums mit dem Hinweis ein, daß die „Karlsruher Herbsttage“ heute gewissermaßen eine geistige Landesschau brächten. Es gehe darum, dem Volke das köstliche Heimatgut zu erhalten bis die Zeit der Rückkehr zum Herzen wiederkehre. — Der erste Vortragende, Schriftsteller Dr. Alfons Raquet, Frankfurt a. M., gab eine anschauliche Schilderung des Lebens und Webens am Rhein. — Der Freiburger Schriftsteller, Anton Henrich, stellte sich als begeisterter Sänger des Schwarzwaldes vor, während Rentamtmannt Max Walter aus Amorbach die Anmut des badischen Frankenlandes feierte.

Die Veranstaltung krönte ein Dichterabend, bei dem der 1877 in Durlach gebürtige, frühere Heidelberger Philosophieprofessor F. A. Schmid-Noerr (der jetzt als freier Schriftsteller an Starnberger See lebt), aus seinen eigenen gehaltvollen Werken vorlas.

Kunstausstellung im Bruchfaler Schloß. Die letzte diesjährige Ausstellung des Kunstvereins Bruchfal e. V. im Gartensaal des Bruchfaler Schlosses umfaßt ausschließlich Werke von Bruchfaler und Brettenner Künstlern: Hugo Videl, Elise Creuzburg, Emil Theo Ebner, Karl Geiß, Willy Klein, Willy Peter, Wilhelm Euter, Josefina Echaller.

Zur Sklarek-Affäre

Das fünfte Telegramm an Oberbürgermeister Böh

W.D. Berlin, 12. Okt. (Tel.) Das gestrige Kabel, das Bürgermeister Scholz an Oberbürgermeister Böh nach Los Angeles geschickt hat, das fünfte in der Reihe der informierenden Telegramme, legt eingehend den jetzigen Stand der Angelegenheit Sklarek dar. Er berichtet über den Stadtvorordnetenbeschuß und die Stadtvorordnetenversammlung, über den Magistratsbeschuß und die Gründe, die den Magistrat früh und jetzt zu seiner Haltung bewegen haben. Es informiert weiter über die Art der Untersuchungsführung und über den Stand der Untersuchung, über die Stellung der Presse aller Parteilichungen und teilt den Wortlaut der in Berlin veröffentlichten amerikanischen Interviews mit.

Der Berliner Magistrat ist dem Beschluß der Stadtvorordnetenversammlung auf Zurückberufung des Oberbürgermeisters Böh nicht beigetreten. Der Oberbürgermeister ist durch Kabel verständigt worden.

Die Sklareks erklärten ihrem Verteidiger, daß es sich bei den Belgen um zwei verschiedene Geschäfte handle. Die Beljaden, die im Kabel des Oberbürgermeisters erwähnt werde, habe der Oberbürgermeister für sich selbst bestellt. Der Beljantel hingegen, der für die Frau des Oberbürgermeisters bestellt wurde, sei von den Sklareks mit 4000 RM bewertet worden, und der Oberbürgermeister habe diese 4000 RM restlos gezahlt. — Wie der Sekretär Lehmann zu seiner Behauptung, daß er Frau Oberbürgermeister Böh eine Rechnung von 400 RM zugegangen sei, kommen konnte, sei ihnen vollkommen unerklärlich. In der Frage der Beljoppe habe der Oberbürgermeister sich tatsächlich so verhalten, wie er gefabelt habe.

Am Donnerstag hatte Max Sklarek angegeben, bei dem Niesenausmaß seiner Geschäfte könne er sich an die genaue Preisstellung nicht erinnern. Wenn jedoch der Mantel für Frau Böh ihn selber 4000 RM gekostet hätte, dann habe er sicherlich auch den Auftrag gegeben, dem Oberbürgermeister die Rechnung in der vollen Höhe von 4000 RM zuzustellen. Sollte die Rechnung aber nur auf 400 RM gelautet haben, so könne es sich lediglich um einen Schreibfehler handeln. An die Abmachung, daß der Oberbürgermeister für wohlthätige Zwecke 1000 RM stiftete, weil ihm der Preis für den Beljantel zu gering erschienen sei, konnte sich Sklarek nach seiner Behauptung nicht erinnern. Der Buchhalter Lehmann widersprach diesen Angaben Sklareks auf das energischste, und es kam zu dramatischen Szenen, da Lehmann Sklarek mehrmals der Lüge bezichtigte.

Disziplinerverfahren

gegen die Leiter der Berliner Bant

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin hat nun das förmliche Disziplinerverfahren gegen die Stadtbauinspektoren Schmitt und Hoffmann, sowie den Abteilungsleiter Schröder mit dem Ziel auf Amtsenthebung eröffnet. Gleichzeitig hat er die Amtsenthebung dieser drei Beamten ausgesprochen. — Wie die „Post“ Jg. meldet, hat der Buchhalter Lehmann im Vorwort die Behauptung aufgestellt, die Stadtbauinspektoren Schmitt, Hoffmann und Schröder hätten seit Jahren alle zwei Monate von den Brüdern Sklarek einen Anzug geliefert erhalten, ohne daß ihnen — auf Geheiß der Sklareks — jemals eine Rechnung zugestellt worden sei.

Die „Note Fahne“ berichtet, daß die Behauptung des Stadtvorordneten Platau, die Note Hilfe habe von den Sklareks finanzielle Unterstüßungen bezogen, eine schamlose Unterstellung sei. Das „Berl. Tagebl.“ erfährt hierzu absolut zuverlässig, daß die tatsächlichen Beziehungen zwischen den Sklareks und der Note Hilfe noch viel weiter gegangen sind. Die Sklareks haben, wie einer der drei Sklareks am Freitag bei der Vernehmung angegeben hat, der Note Hilfe mehrere Jahre hindurch am Schluß jeder Saison die gesamten Restbestände ihres Lagers, soweit sie nicht mehr modern waren, der letzten Mode entsprechend, ohne jegliche Gegenleistung übermacht. Diese an die Note Hilfe geschenkten Restbestände des Lagers präsentierten in jedem Jahre einen Wert, der weit über 10 000 RM gelegen hat.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat an die zuständigen Ministerien und an den Deutschen Städtetag ein Schreiben gerichtet, in welchem sie die Forderung nach Aufhebung der zentralen Beschaffung bzw. Monopolisierung des Einkaufes aus öffentlichen Mitteln erhebt. Der der Konkurrenz unterliegende freie und sachkundige Handel sei in der Lage, zu günstigeren Preisen und Bedingungen zu liefern, als eines dem Wettbewerb von vornherein entzogene Stelle. Zum Schluß wird die Befreiung aller städtischen Anschaffungsgesellschaften und die sofortige Kündigung aller bestehenden Monopollieferungsverträge mit privaten Unternehmen gefordert.

Ministerpräsident a. D. Hirsch und die Sklareks

W.D. Dortmund, 12. Okt. (Tel.) über die Beziehungen zu den Gebrüdern Sklarek teilt Bürgermeister Hirsch in der „Westf. Allg. Volksztg.“ mit, daß er seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen zu den Gebrüdern Sklarek gestanden habe. Er habe sie wie sehr viele andere Leute auch für ernste und anständige Geschäftsleute gehalten. Er habe auch gelegentlich bei der Firma Sklarek gekauft. Zweimal sei er auch zu Besuch in Waren (Mecklenburg) gewesen. Bei diesen Besuchen haben keine Festlegung stattgefunden. In seiner amtlichen Tätigkeit habe er nie mit Sklarek etwas zu tun gehabt. Es sei auch von Sklarek nie versucht worden, seine amtlichen Eigenschaften auszunützen.

Schiebungen im Kieler Marinearsenal

Die Staatsanwaltschaft in Kiel konnte die Schiebungen durch die das Marinearsenal Kiel um etwa 100 000 RM geschädigt worden ist, vollständig aufklären. Es stellte sich u. a. heraus, daß bei Ausschreibungen von Warenbestellungen, die im freien Wettbewerb erfolgen sollten, die Kalkulationen der bereits eingereichten Firmenangebote an andere Firmen verätelt worden sind. Die Staatsanwaltschaft wird wahrscheinlich Anklage gegen 30 Verdächtige erheben.

Das Marinearsenal Kiel ist den raffinierten Arbeitsmethoden einer organisierten Schiebergesellschaft zum Opfer gefallen. Im Verlaufe der Ermittlungen wurde festgestellt, daß die Haupttäter, Angestellte des Depots, jahrelang Marinegut gestohlen und an Kieler Produktenhändler verkauft hatten. Die Fehler boten in vielen Fällen die Waren dem Arsenal wieder zum Kauf an und hatten damit Erfolg.

Minister Dietrich nicht erkrankt. Die Nachricht über eine Erkrankung des Reichsernährungsministers Dietrich wird als unzutreffend bezeichnet. Minister Dietrich ist vom Mannheimer Parteitag zur Beerdigung Strefemanns nach Berlin gefahren und dort bis Donnerstag durch dringende Regierungsgeschäfte festgehalten worden. Er hat sich aber bereits wieder für den badischen Wahlkampf zur Verfügung gestellt und spricht am heutigen Samstag in Königsbach, am Sonntag in Gutach und Haslach und am Montag in Karlsruhe.